

Dr. Hauke Hartmann, Bertelsmann Stiftung

Rechtsextremismus und Medien – Informieren statt Moralisieren. Zur Notwendigkeit einer verbesserten Berichterstattung über Rechtsextremismus

Man kann den hiesigen Medien kaum den Vorwurf machen, den Rechtsextremismus in Deutschland auszublenden.¹ Die Berichterstattung über die Vielzahl von rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten sowie über die Wahlerfolge von NPD oder DVU ist zwar nicht als kontinuierlich zu bezeichnen – zu hoch sind die Schwankungen medialer Aufmerksamkeit, zu hoch auch die Anzahl nicht oder kaum zur Kenntnis genommener Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund. Gleichwohl ist die Anzahl der Beiträge zum Thema Rechtsextremismus beachtlich, das Engagement zahlreicher Journalisten unbestritten, und die Bemühungen um eine stete Verbesserung der Beitragsqualität unverkennbar. Dies gilt mit Einschränkungen für die Medienlandschaft allgemein, und es gilt insbesondere für das öffentlich-rechtliche Fernsehen, das Gegenstand einer von der Bertelsmann Stiftung und dem Centrum für Angewandte Politikforschung (CAP) unterstützten und jüngst veröffentlichten Studie der ARD/ZDF-Medienkommission war. Insgesamt 4688 Sendebeiträge oder 354 Programmstunden strahlte das öffentlich-rechtliche Fernsehen in den Jahren 2000 und 2001 zum Thema Rechtsextremismus aus. Basierend auf einer normativ vorgegebenen demokratischen Grundorientierung war es dabei eindeutig in seiner Positionierung gegen Rechtsextremismus, seine Journalisten wurden vom moralischen Impetus geleitet, dass ihre Beiträge „aufklären, aufrüteln und betroffen machen“ sollen.²

Diese Prämisse muss vorausgeschickt werden, um zu betonen, dass es weniger am aufklärerischen Selbstverständnis der Journalisten, nicht an der demokratischen Grundhaltung

der Medien, und auch eher nicht an der Bereitschaft der Programmacher zur Verbesserung der Beiträge liegt, wenn die Berichterstattung der Medien zum Thema Rechtsextremismus in Deutschland gleichwohl als defizitär einzustufen ist. Immerhin ist in den letzten Jahren ein gesteigertes Bewusstsein für die Problematik der Verwendung von O-Tönen rechtsextremistischer Protagonisten zu verzeichnen, immerhin werden in kleinem Maßstab Fortbildungen veranstaltet oder geplant, und immerhin untersuchen – wie im vorliegenden Fall die ARD/ZDF-Medienkommission – die Medien ihre eigene Berichterstattung, um ein besseres Verständnis über Inhalte und mögliche Wirkungen ihrer Beiträge zu erlangen.

Wenn trotzdem von einer ungenügenden und mitunter problematischen Berichterstattung zum Thema Rechtsextremismus zu sprechen ist, hat dies im Wesentlichen vier Gründe:

- Viele Journalisten übernehmen unhinterfragt oder aus eigener Überzeugung eine von der Politik praktizierte Doppelstrategie der Kriminalisierung und Ausgrenzung, ohne ausreichend Raum für eine politische Auseinandersetzung einzuräumen. Dies ist ein Problem des öffentlichen Diskurses, der die politische Herausforderung des Rechtsextremismus vorrangig auf eine juristische oder moralische Angelegenheit reduziert.
- Ebenso wie die Politik legen auch die Medien zumeist eine reaktive Haltung an den Tag, die sich stärker an spektakulären Zwischenfällen oder Wahlergebnissen ausrichtet. Es mangelt an Kontinuität bei der Berichterstattung über Strukturen rechtsextremistischer Organisationen oder Szenen sowie generell über die Dauererscheinung von verbreiteten rechtsextremistischen Einstellungen. Dies ist ein Problem der ereignisbezogenen Chronistenrolle, die bei der Ausleuchtung von gesellschaftspolitischen Hintergründen schnell an ihre aufklärerischen Grenzen stößt.
- Die Darstellungsweise von rechtsextremistischen Tätern und Wortführern wird zu häufig dramatisierend, unreflektiert emotionalisierend oder stereotypisierend

1) Für Kommentare und Anregungen danke ich Sabine Donner (Bertelsmann Stiftung), Dr. Ekkehardt Oehmichen (Leitung Medienforschung, Hessischer Rundfunk), Britta Schellenberg (Centrum für Angewandte Politikforschung), Michael Seberich (Bertelsmann Stiftung) und Toralf Staud (Journalist und Buchautor).

2) Ekkehardt Oehmichen, Imme Horn und Sylvia Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen: Inhalts- und Rezeptionsanalysen der Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen“ in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Strategien gegen Rechtsextremismus. Band 1: Ergebnisse der Recherche. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2005, S. 146-207, Sendedaten auf S. 151, Zitate auf S. 164 und 160.

vorgenommen, sei es durch unbedachten Rückgriff auf Archivbilder oder durch Pauschalisierungen. Dies ist auch ein Problem der Mechanismen des Tagesjournalismus, der gleichzeitig einem Visualisierungs-, einem Zeit- und einem Quotendruck unterliegt.

- Schließlich wird Rechtsextremismus zu meist als eine monolithische und in seiner Gänge nicht nachvollziehbare Gesinnung verstanden und dargestellt, ohne seine autoritären, fremdenfeindlichen, antisemitischen und intoleranten Bestandteile im Einzelnen ausreichend zu beleuchten. Damit wird deren Anziehungskraft auf weit größere Teile der Bevölkerung kaum thematisiert, die rechtsextremistische Gewalttaten ablehnen, aber strukturelle Gewalt gegen Migranten oder die Ausgrenzung von nicht Normkonformen durchaus befürworten. Dies ist ein Problem einer bequemen und letztlich unaufrichtigen Betrachtungsweise (beileibe nicht nur in den Medien), die es zulässt, dass hinter dem Zerrbild Rechtsextremismus dessen Kernkomponenten wie Alltagsrassismus oder autoritätsfixierte Einstellungen verschwinden.

I. Es gilt das Argument: Die Bedeutung der politischen Auseinandersetzung

Angesichts der Vielzahl von Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund ist es verständlich, dass der kriminelle Aspekt des Rechtsextremismus einen breiten Raum in der Berichterstattung einnimmt. Zudem sind Überfälle auf Menschen mit anderer Hautfarbe oder anderen Ansichten, der Vertrieb von Hasspropaganda und das Verwenden verbotener Symbolik nicht nur gesetzeswidrig, sondern moralisch verwerflich. Von daher ist es wenig überraschend, dass im öffentlichen Diskurs – medial wie politisch – eine Doppelstrategie aus Kriminalisierung und moralischer Verurteilung dominiert.

Natürlich ist es sinnvoll, kriminelle Handlungen auch als solche zu benennen, und nur allzu nachvollziehbar, Empörung und Abscheu auch entsprechend auszudrücken. Problematisch aber wird es, wenn sich die Auseinandersetzung auf diese beiden Aspekte beschränkt. Rechtsextremismus ist ein politisches Phänomen und muss entsprechend auch politisch bekämpft werden. Sonst droht eine Entpolitisierung in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, in der sich Demokraten ihrer schärfsten Waffe, dem politischen Argument, begeben.

Wie bedenklich eine Verengung auf rechtliche oder moralische Aspekte sein kann, hat beispielsweise die Debatte um ein Parteiverbot

der NPD in den Jahren 2000 und 2001 illustriert, die als ein warnendes „Lehrstück über symbolische Politik“ anzusehen ist. An deren Ende stand – was nicht verboten ist, ist erlaubt – sogar ein gewisser Gewinn an Legitimität für die Partei.³ Die Problematik einer entpolitierten Betrachtungsweise wird gestärkt durch ein geradezu reflexhaftes Bedürfnis in sämtlichen Bereichen des öffentlichen Lebens, den Rechtsextremismus als „abnorme“ Erscheinung zu brandmarken, abnorm im Sinne der gesellschaftlichen Werte oder abnorm im Sinne geltender Gesetze. Das aber ist zu einfach. Angesichts fremdenfeindlicher Ressentiments oder autoritärer Bedürfnisse, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen, sind Ideologeme des rechtsextremistischen Weltbildes bei weitem nicht so klar ausgrenzbar wie auch in den Medien häufig suggeriert wird. Widerspruch und Gegenmaßnahmen dürfen sich genau deshalb nicht auf kriminelle oder verfassungsfeindliche Handlungen beschränken, denn dies hieße, alle im legalen Raum vollzogenen Äußerungen und Aktivitäten unkommentiert und unwidersprochen zu lassen.

In der Studie „Rechtsextremismus und Fernsehen“ haben Medienforscher von ARD und ZDF im herrschenden politischen Diskurs eine „Doppelstrategie der Kriminalisierung und der verschärften mentalen und moralischen Ausgrenzung mit den Mitteln der symbolischen Politik und der Inszenierung von Selbstverständigungsritualen als Ersatz für eine substantielle politische Auseinandersetzung“ gegenüber dem Rechtsextremismus konstatiert und das daran orientierte Selbstverständnis von zahlreichen Journalisten und Redakteuren kritisch hinterfragt:

Die Medien haben [...] ein Verhältnis zur Politik entwickelt, in dem sie in erster Linie als „Bündnispartner“ der Ausgrenzungsstrategie und der symbolischen Politik agieren, statt Distanz zu wahren und als kritischer Konterpart des politischen Systems die offensive politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus einzufordern. An die Stelle von Aufklärung, Ursachenanalyse und politischer Auseinandersetzung neigen sie dazu, eine Gefühlskultur gegen Rechts zu etablieren und damit das Extremismusproblem zu entpolitisieren.⁴

3) Siehe Toralf Staud, *Moderne Nazis: Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*. Köln: Kiepenheuer & Witsch 2005, S. 60-66, Zitat auf S. 60. Auch Staud verweist auf den bedenklichen, die NPD noch legitimierenden Ausgang der Verbotsdebatte: „Wenn sie nicht verboten wurde, hört man heute häufig zum Beispiel in den neuen Ländern, könne sie ja so schlimm nicht sein.“, S. 57.

4) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 150.

Die Doppelstrategie von Kriminalisierung und Ausgrenzung hat sich im medialen Raum überdies als stumpfes Instrument erwiesen. Dies zeigt sich besonders deutlich in der direktesten Form der politischen Auseinandersetzung, dem Fernsehinterview. „Wann sagen Sie den Wählern, die Sie hier gewählt haben, dass Sie eigentlich Neonazis sind?“, diese Frage der Leiterin der ZDF-Hauptredaktion Innenpolitik Bettina Schausten an den sächsischen NPD-Spitzenkandidaten Holger Apfel nach dessen Wahlerfolg im September 2004 illustriert das Dilemma.⁵ Im Bedürfnis, dem NPD-Mann keinen propagandistischen Auftritt zu ermöglichen, wurde zum stärksten, aber eben auch letzten Mittel gegriffen – er möge sich doch bitte selber außerhalb des etablierten und akzeptablen politischen Diskurses verorten, so dass eine weitere Auseinandersetzung nicht mehr nötig sein müsse. Die ZDF-Journalistin, die in der Runde der Spitzenkandidaten von den anderen Politikern „spontan und ohne vorherige Ankündigung“ im Stich gelassen wurde, sah für sich keine Alternative, als dann die Runde abzubauen, „um dem NPD-Mann die Bühne nicht ohne politischen Widerpart zu überlassen.“⁶ Sie selber wollte die Rolle der kritischen Antagonistin nicht ausfüllen, auch weil es „bisher kein allgemein geltendes Positivbeispiel“ gebe, „in dem ein Interviewer einen rechtsextremen Gesprächspartner wirklich ‚geknackt‘ hätte.“⁷

Auch wenn es nicht allzu viele vorbildliche Interviews mit Rechtsextremen gibt, kann die inhaltliche Bankrotterklärung der Gesprächsverweigerung natürlich nicht ernsthaft als gangbare Strategie verkauft werden – weder von demokratischen Politikern, die Diskussionsforen ohne Kommentar verlassen, noch von Journalisten. „Die stärksten Waffen des Journalisten“, schreibt Markus Brauck in der Frankfurter Rundschau zu Recht, „sind immer noch die Fakten.“ Er zeigt sich irritiert, dass Interviews mit Rechtsextremen zu einer „eigenständigen journalistischen Disziplin“ erhoben werden, anstatt sich gerade hier auf die Grundregeln journalistischer Arbeit zu besinnen: „Vorbereitung, Vorbereitung, Vorbereitung. Wissen draufsatteln und Fakten parat haben. Nicht zulassen, dass die Fakten verdreht werden. Dann zeigen die Rechten schon allein, wes Geistes

Kind sie sind.“⁸ Friedrich Küppersbusch, dem vielerorts bescheinigt wird, er habe eines der seltenen Positivbeispiele in seinem Interview mit dem Rechtspopulisten Jörg Haider geliefert, bezeichnet dies als Mutprobe für Journalisten, in solchen Situationen „ergebnisoffen, gut informiert, selbstbewusst und angstlos“ aufzutreten.⁹

Es geht deshalb nicht, wie Bettina Schausten mutmaßt, um „allerhöchste, teils auch überhöhte Ansprüche“ an Journalisten, wenn ihnen zugetraut wird, auch live rechtsextreme Argumentationsmuster zu erkennen, zu durchbrechen und zu widerlegen.¹⁰ Allerdings erfordert dies eine besondere Form der Vorbereitung, die sich nur zum Teil an bewährtem journalistischem Handwerkszeug orientieren kann. Außergewöhnlich ist die Interviewsituation mit Rechtsextremen nicht, weil deren Argumenten so schwer zu entgegnen wäre, sondern weil es diesen nur partiell um eine inhaltsbezogene politische Auseinandersetzung geht.

Hier ist es angebracht, einen Perspektivwechsel vorzunehmen und sich zu vergewärtigen, was sich Rechtsextreme von einem Auftritt vor der Kamera versprechen. Deren Zielsetzung ist zweistufig und teilt sich auf in Pflicht und Kür. Zum Pflichtprogramm gehört die gezielte Provokation, die Botschaft für die eigene Anhängerschaft. Der zentrale Bestandteil der Medienstrategie von Rechtsextremisten ist, sich bewusst außerhalb der gesellschaftlichen Mehrheitsmeinung zu verorten und durch empörte Reaktionen gesteigerte Aufmerksamkeit zu erlangen. Es müsse „hin und wieder ein Tabubruch vollzogen werden, damit sich die NPD in Erinnerung ruft“, so der sächsische NPD-Chef Holger Apfel.¹¹ Der widerliche Begriff vom „Bomben-Holocaust“ ist ein klassisches Beispiel für diese Form der Provokation. Das Pflichtprogramm ist wiederum aufgeteilt in drei Parts: zum einen der publizitätsträchtige Tabubruch, zum zweiten die Selbstvergewisserung der rechten Wähler und Gefolgsleute, dass ihre Abgeordneten und Vertreter unbeugsam bleiben, sich nicht vereinnahmen lassen und ungeschminkt auftreten, und zum dritten die Einnahme einer Opfer- und Anklägerrolle gegenüber den Medien als Teil des „Systems“, das ihre Meinungen verzerrt, unterdrückt oder marginalisiert. Unter diesen Prämissen muss der Fernsehauftritt nach den sächsischen Land-

5) Siehe hierzu auch Susanne Gaschke, „Nazis! Im Fernsehen? Als ARD und ZDF kritischen Journalismus simulierten“ in: Die ZEIT, Nr. 40 (2004), Zitat ebenda.

6) Bettina Schausten, „Ein Wahlabend im September: Zum Umgang mit Rechtsextremen im Fernsehen“ in: ZDF Jahrbuch 2004, abrufbar unter www.zdf-jahrbuch.de/2004/programmarbeit/schausten.htm.

7) Schausten, „Ein Wahlabend im September“, www.zdf-jahrbuch.de/2004/programmarbeit/schausten.htm.

8) Markus Brauck, „Grundrechenarten üben! Der erstarkende Rechtsextremismus stellt den Fernsehjournalismus offenbar vor große Probleme“ in: Frankfurter Rundschau vom 29. September 2004.

9) Friedrich Küppersbusch, „Possierlicher Nebenwiderspruch“ in: die tageszeitung vom 23. Februar 2000, S. 12.

10) Schausten, „Ein Wahlabend im September“, www.zdf-jahrbuch.de/2004/programmarbeit/schausten.htm.

11) Zitiert nach Staud, Moderne Nazis, S. 117.

tagswahlen im September 2004 als ausgesprochen gelungen für die NPD verbucht werden, wie der Journalist Toralf Staud ausführte:

Fraktionschef Holger Apfel grinst breit, wenn er über die ersten Stunden, Tage und Wochen nach der Wahl redet, er hört gar nicht mehr auf zu spotten. Kopflose Fernsehmoderatoren fauchten ihn am Wahlabend vor laufender Kamera an. „Etwas Besseres hätte uns gar nicht passieren können“, sagt Apfel. Millionen von Zuschauern konnten live erleben, wie er unfair behandelt wurde, eine argumentative Auseinandersetzung fand nicht statt.¹²

Zur Kür zählt dann die Vermittlung von politischen Botschaften, die an Ressentiments und Vorurteile in breiteren Gesellschaftsschichten anknüpfen können. Erst an dieser Stelle sind Rechtsextreme zu kohärenten Argumentationsmustern gezwungen, denen ein Journalist inhaltlich begegnen kann.

Das Rüstzeug, das Journalisten unabhängig vom Sendeformat (Interview, Reportage, Meldung) entsprechend mitbringen müssen, ist dreiteilig. Erstens die Kommentierung: Eine politische Provokation darf nicht unkommentiert im Raum stehen bleiben, sie muss eingeordnet und dechiffriert werden. Das heißt, dass ein Interview nicht abgewürgt werden sollte, dass ein O-Ton in einer Reportage nicht ohne Kommentar oder Widerspruch bleiben darf, und dass eine Meldung in einen erläuternden Zusammenhang gestellt werden muss. Zweitens der Dialog: Rechtsextremen sollte das Einnehmen einer Opferrolle erschwert werden, indem die Spielregeln der medialen Auseinandersetzung eingehalten werden und offensiv auf sie verwiesen wird. Auf einen Tabubruch oder eine isolierte Platitude sollte demnach immer eine inhaltliche Nachfrage folgen, die den rechtsextremen Gesprächspartner zu einer klareren Positionierung und schließlich zur Demaskierung zwingt. Bei einer fortwährenden Weigerung des Gesprächspartners, das dialogische Prinzip zu berücksichtigen, kann dann im ungünstigsten Fall auch ein Gesprächsabbruch folgen, in dessen Folge den Zuschauern erläutert werden muss, dass ein konstruktiver Austausch von Argumenten vom rechtsextremen Gesprächspartner gezielt unterlaufen worden ist. Drittens das Argument: Ein Journalist muss sich darauf einstellen, dass sein Gesprächspartner zwar einer engstirnigen Ideologie anhängt, aber deshalb nicht dumm oder ungeschickt sein muss, sondern mitunter, wie der sächsische SPD-Fraktionschef Cornelius Weiss pointiert feststellte, „auf eine ekelhafte

Weise intelligent“ sein kann.¹³ Deshalb ist es unabdingbar, dass sich Journalisten vor einem Interview oder Beitrag mit rechtsextremen Argumentationsmustern und rhetorischen Tricks vertraut machen, um kompetent und sachkundig Paroli bieten zu können.

Die öffentlich-rechtlichen Sender haben auf Defizite der Berichterstattung, die unter anderem in der von der Bertelsmann Stiftung unterstützten Studie „Rechtsextremismus und Fernsehen“ benannt wurden, im Rahmen ihrer Fortbildungsangebote reagiert und bieten Seminare zum Thema Rechtsextremismus sowie inhaltliches und psychologisches Coaching für Redakteure und Moderatoren an.¹⁴ In solchen Schulungen wird es neben der Förderung von inhaltlichen und rhetorischen Fähigkeiten zentral sein, das Selbstverständnis der Journalisten im Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus zu thematisieren. Ein moralisch überhöhtes „Anti-Rechts-Klima“, so mahnen die Medienforscher von ARD und ZDF, habe keinen „hinreichenden rationalen Kern“ für eine erfolgreiche Auseinandersetzung.¹⁵ Zur besseren Gesinnung müssen auch die besseren Argumente treten.

II. Nicht wegzappen: Die Bedeutung kontinuierlicher Berichterstattung

Im Rahmen des Projekts „Strategien gegen Rechtsextremismus“ von Bertelsmann Stiftung und dem Centrum für Angewandte Politikforschung (CAP) wurden die Ergebnisse der ARD/ZDF-Medienforscher zur öffentlich-rechtlichen Berichterstattung wiederholt diskutiert – in Diskussionsrunden mit einem Expertenbeirat aus Politik, Wissenschaft und Praxis, sowie in einem Journalistenworkshop, zu dem erfahrene Redakteure und Medienexperten eingeladen wurden. Gerade diejenigen Teilnehmer, die in zivilgesellschaftlichen Projekten vor Ort für Demokratie und Toleranz eintreten, beklagten sich über eine unregelmäßige und auf spek-

13) Weiss sprach im Interview mit dem ZDF-Morgenmagazin am 10. Dezember 2004 von einer „Intelligenz ohne Gewissen“ und mahnte: „Wir brauchen gute Sachargumente, um die Demokratie zu verteidigen.“ Das Interview ist abrufbar unter www.heute.de/ZDFheute/inhalt/31/0,3672,2235839,00.html.

14) Siehe Oliver de Weert, „Bitte nicht noch einen Live-Eklat: Wie ARD und ZDF gestandene Moderatoren trainieren, beim Interview mit der NPD die Fassung zu bewahren“ in: Die Welt vom 17. Februar 2005 und Wolfgang Kapust, „Eine mühsame Herausforderung: Rechtsextremismus und Fernsehen“ in: Viola B. Georgi, Hauke Hartmann, Britta Schellenberg und Michael Seberich (Hrsg.). Strategien gegen Rechtsextremismus. Band 2: Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2005, S. 75-79, hier S. 77-78. Zu den Seminarangeboten siehe die Webseite der ZFP, „Zentrale Fortbildung Programm“ von ARD und ZDF unter <http://zfp.de/index.php>.
15) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 165.

12) Staud, Moderne Nazis, S. 105.

takuläre Ereignisse fixierte Berichterstattung. Umgekehrt betonten Medienvertreter, dass dem Thema Rechtsextremismus kontinuierlich relativ viel Sendezeit eingeräumt werde. Durch die Teilstudie „Rechtsextremismus und Fernsehen“, in der die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Sender in den Jahren 2000 und 2001 analysiert wurde, durften sich beide Seiten in ihrer Wahrnehmung bestätigt sehen – viel Licht, aber auch viel Schatten.

Zu den positiven Kernergebnissen der Studie ist der Gesamtumfang der Berichterstattung über Rechtsextremismus im Untersuchungszeitraum zu rechnen. Mit knapp 5000 Sendebeiträgen und über 350 Programmstunden wurde in den öffentlich-rechtlichen Programmen insgesamt durchschnittlich knapp eine halbe Stunde pro Tag für die Behandlung des Themas aufgewendet. Mit Ausnahme der ersten vier Wochen des Jahres 2000 (im Schnitt 5 Beiträge pro Woche) und der letzten drei Wochen des Jahres 2001 (im Schnitt 4 Beiträge pro Woche) sowie einer Woche im Juni 2000 (7 Beiträge) und einer Woche im Oktober 2001 (9 Beiträge) lag die Anzahl der Beiträge pro Woche stets im zweistelligen Bereich. In der zweiten Jahreshälfte 2000 bezifferte sich die durchschnittliche Wochenzahl von Beiträgen aufgrund aktueller Ereignisse¹⁶ sogar auf über 100. In über zwei Dritteln des Untersuchungszeitraums gab es mindestens 20 Beiträge zum Thema Rechtsextremismus pro Woche. Sowohl hinsichtlich des Umfangs wie auch der Regelmäßigkeit ist somit durchaus von einer kontinuierlichen Berichterstattung zu sprechen.¹⁷

Ein kritischeres Bild ergibt sich allerdings, wenn nicht die Anzahl der Beiträge an sich, sondern deren Formate in den Blick genommen werden. Hier zeigt sich, dass „die TV-Berichterstattung vor allem eine Angelegenheit des tagesaktuellen Journalismus“ ist. Hintergrundanalysen und nicht ereignisbezogene journalistische Recherchen lagen nur sechs Prozent der Beiträge (oder 18 Prozent der Sendezeit) zugrunde. Über drei Viertel der Beiträge hatten nachrichtlichen oder ereignisbezogenen Charakter. Entsprechend überwogen als Formate mit insgesamt 94 Prozent der Beiträge die Magazine (60 Prozent) und die Nachrichten (34 Prozent), während auf Dokumentationen oder längere Berichte lediglich drei Prozent der Sendungen entfielen, die dann immerhin 24 Pro-

zent der Sendezeit einnahmen.¹⁸

Die Medienforscher von ARD und ZDF haben diese Aufschlüsselung nach Sendeformaten zwar mit der verhältnismäßig großen Anzahl tagesaktueller Ereignisse zum Thema Rechtsextremismus gerade im zweiten Halbjahr 2000 relativiert, halten aber selbstkritisch fest, dass „in der Breite eine enorme Themenpräsenz und Ereignisvielfalt, aber keine Intensivierung im Sinne von Vertiefung und Ursachenforschung“ festzustellen ist. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die Dominanz von tagespolitischen und relativ kurzen Sendeformaten (Durchschnittslänge aller Beiträge: 4,5 Minuten) zu einem Aktualitätsdruck führt, der selten aufwändigere Recherchen erlaubt und damit eine Bearbeitung von schwerer fassbaren und visualisierbaren Themen wie „Rechte in Nadelstreifen“ oder intolerante und autoritätsgläubige Haltungen in breiteren Bevölkerungsschichten erschwert.¹⁹

Diese Verknüpfung von Quantität und formatbezogener Qualität der Beiträge wirft ein anderes Bild auf die Kontinuität von Aufklärung und Berichterstattung. Unter der Prämisse, dass Medien sich mit Blick auf eine angemessene Behandlung des Themas Rechtsextremismus nicht auf eine Chronistenrolle spektakulärer Zwischenfälle beschränken sollten, sondern auch lokale Hintergründe und gesellschaftspolitische Entwicklungen differenziert ausleuchten müssten, lässt sich von einer kontinuierlichen Berichterstattung mit diskontinuierlichem Aufklärungsgehalt sprechen. Damit soll nicht übersehen werden, dass es immer wieder zur Produktion und Ausstrahlung von ausführlicheren Beiträgen kommt, die in beispielhafter Weise anschauliche Hintergrundanalysen bieten.²⁰ Nur scheint dies punktuell zu erfolgen, ohne dass ein langfristiges Konzept zum Umgang mit rechtsextremistischen Entwicklungen erkennbar wäre. Schon eine fallstudienbezogene Untersuchung zur Fernsehberichterstattung aller Sender über den Rechtsextremismus in den Jahren 1998 bis 2001 kommt zu dem Ergebnis, „dass es einen binnengesteuerten, von den Programmverantwortlichen kontinuierlich verfolgten Rechtsextremismus-Diskurs im deutschen Fernsehen nicht gibt.“²¹ In ihren Hinweisen zur Optimierung der Berichterstattung mahnen die ARD/ZDF-Medienforscher entspre-

18) Zu den Sendeformaten siehe Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 153-155, Zitat auf S. 153.

19) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 165-166, Zitate ebenda.

20) So werden seit knapp zwanzig Jahren herausragende Beiträge mit dem CIVIS-Medienpreis von ARD und Freudenberger Stiftung ausgezeichnet, siehe www.wdr.de/tv/civis.

21) Hans-Jürgen Weiß und Cornelia Spallek. Fallstudien zur Fernsehberichterstattung über den Rechtsextremismus in Deutschland 1998-2001. Düsseldorf: Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) 2002, S. 88.

16) Ermordung von Alberto Adriano in Dessau, Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Ludwigshafen, Sprengstoffanschlag auf eine S-Bahn-Haltestelle in Düsseldorf

17) Zum Umfang der Berichterstattung siehe Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 151-153.

chend an, dass „[r]echtsextreme Gewalttaten ... nur im Kontext gesellschaftspolitischer und ökonomischer Problemlagen zu verstehen“ sind und deshalb „die Ursachen, das geistige Umfeld oder auch die Defizite der öffentlichen Kommunikationskultur selbst zu benennen und näher aufzuarbeiten“ sind.²²

Entsprechend wünschenswert wäre eine inhaltlich vertiefte, kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im Rahmen einer langfristigen Planung von Recherchen, Hintergrundberichten und Sendplatzvergabe. Auch wenn spektakuläre Einzelfälle oder Wahlergebnisse ein besonderes Wahrnehmungsfenster für fundierte Analysen und längere Beiträge eröffnen, müsste eine zumindest partielle Loslösung von themenkonjunkturellen Schwankungen der öffentlichen Aufmerksamkeit erfolgen. Wie Britta Schellenberg vom Centrum für Angewandte Politikforschung (CAP) unlängst ausführte, gab es in den letzten 15 Jahren „drei intensive Phasen der Thematisierung ..., die von längeren ‚Sendepausen‘ unterbrochen wurden“ und benennt den Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen (1992/93), den DVU-Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt (1998) und die rechtsextremistischen Gewalttaten vom Sommer 2000 als Auslöser einer stärkeren, auch medialen, öffentlichen Aufmerksamkeit. Nach ihrer Einschätzung handelt es sich nicht um eine „wellenförmige Berichterstattung“, sondern um „ein plötzliches Hochschnellen des Interesses am Thema“, das dann sukzessive wieder abflaut.²³ Ein ähnlicher Ablauf konnte im Herbst 2004 und im Frühjahr 2005 auch in Reaktion auf den NPD-Wahlerfolg in Sachsen und den Gedenktag der Bombardierung Dresdens beobachtet werden. Diese starken Pendelschläge von öffentlicher Aufmerksamkeit und Auseinandersetzung kontrastieren natürlich mit der gleich bleibenden oder in einigen Regionen auch ansteigenden Anziehungskraft rechtsextremistischer Gesinnungen und der seit mehreren Jahren detailliert aufgeführten Verbreitung von menschenfeindlichen Einstellungen.²⁴

Eine kontinuierliche und aufwändige Berichterstattung zum Thema Rechtsextremismus würde in erster Linie den Mut von Programm-machern und Chefredakteuren erfordern, das betriebswirtschaftliche Risiko zu tragen, sich

jenseits der ausgetretenen Pfade der Meinungsjunktur bei Bedarf auch antizyklisch zu verhalten. Es würde ein journalistisches Selbstbewusstsein erfordern, dass Zuschauer und Leser für Themen des gesellschaftlichen Miteinander bei entsprechender sorgfältiger und anschaulicher Aufbereitung auch dann zu gewinnen sind, wenn der demokratische und tolerante Wertekonsens nicht gerade wieder spektakulär infrage gestellt worden ist. Kurz, es bedarf einer Zuversicht, dass Medien Themen „setzen“ können, die sie selber als wichtig und von herausragender Bedeutung für den öffentlichen Diskurs und die politische Auseinandersetzung identifiziert haben.

Wenn diese Voraussetzung gegeben ist, können die operativen Rahmenbedingungen für eine dauerhafte und intensive journalistische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ausgestaltet werden. Dazu zählt zunächst der gezielte Auf- und Ausbau von Fachwissen in den Redaktionen zum Thema Rechtsextremismus, der es erlauben würde, eigene Schwerpunktsetzungen und gezielte Recherchen durchzuführen sowie im Idealfall ein längerfristiges Konzept der Berichterstattung mit aufeinander aufbauenden Beiträgen zu entwickeln.

Einrichtungen wie die „Zentrale Fortbildung Programm“ von ARD und ZDF bieten aus diesem Grund ein breit gefächertes Seminarprogramm an, das von allgemeinen Themen wie „Rechtsextremismus und Alltagskultur“ bis zu spezifischen Informationen über „Polizeieinsätze gegen Neonazis“ oder „Rechtsradikalismus in der Schule“ reicht.²⁵ Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend entwirft derzeit in Zusammenarbeit mit der Stiftung Sozialpädagogisches Institut „Walter May“ einen Workshop für Lokalredakteure zu Umgang mit und Berichterstattung über Rechtsextremismus vor Ort. Solche und ähnliche Fortbildungsangebote gilt es auszubauen, da sie nicht nur die Spezialisierung von Journalisten fördern, sondern auch eine Vernetzung von engagierten Redakteuren ermöglichen, die sich über ihr Fachwissen und ihre journalistischen Strategien austauschen können.

Schließlich muss der Faktor Zeit berücksichtigt werden, der sowohl für die Teilnahme an Seminaren wie für das Durchführen einer aufwändigen Hintergrundrecherche von Bedeutung ist. Deshalb wäre eine bewusste und von Chefredakteuren mitgetragene „Entschleunigung“ der Redaktionsarbeit wünschenswert, die eine fundierte und kontinuierliche journalistische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus erlaubt.

22) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 203.

23) Britta Schellenberg, „Rechtsextremismus und Medien“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Nr. 42, 17. Oktober 2005, S. 39-45, Zitate auf S. 40 und 41.

24) Siehe Wilhelm Heitmeyer, „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus den Jahren 2002, 2003 und 2004“ in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 3. Frankfurt am Main: suhrkamp 2005, S. 13-36.

25) Zu den Seminarangeboten siehe die Webseite der ZFP, „Zentrale Fortbildung Programm“ von ARD und ZDF unter <http://zfp.de/index.php>

III. Die gute Absicht reicht nicht: Die Bedeutung einer reflektierten Berichterstattung

Auch wenn nur ein relativ kleiner Teil der Beiträge in den Medien auf einer aufwändigen Recherche basiert und Hintergrundanalysen bietet, so nehmen diese Artikel oder Sendungen gemessen an Spaltenzahl oder Ausstrahlungszeit einen signifikanten Raum ein. Im Fall der Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens entfiel auf Dokumentationen oder längere Berichte immerhin ein knappes Viertel der Sendezeit. Hier allerdings stellt sich die Frage nach der Qualität und der zu erwartenden Wirkung dieser Beiträge. Ein ausführlicher Bericht gewährleistet auch bei aller guten Absicht des Autors nicht allein aufgrund seiner Länge einen Mehrwert hinsichtlich Aufklärung und politischer Auseinandersetzung. Hier ist das Fernsehen als ein mehrere Sinne bedienendes und emotionaler wirkendes Medium zu besonderer Vorsicht aufgefordert. Aus diesem Grund haben sich Medienforscher von ARD und ZDF in Zusammenarbeit mit dem Ernest Dichter Institut und der Universität Frankfurt am Main in der genannten Studie „Rechtsextremismus und Fernsehen“ über die Inhaltsanalyse hinaus auch mit der Reaktion von verschiedenen Rezipientengruppen auf ausgewählte längere Beiträge beschäftigt.²⁶

Insbesondere die in Seminaren mit Prof. Hans-Dieter König durchgeführte tiefenhermeneutische Analyse dechiffrierte problematische latente Botschaften, die entgegen den eigentlichen Absichten der Journalisten unterschwellig vermittelt wurden. In einem alarmistisch gehaltenen Beitrag zu „Neonazis in Dortmund“²⁷ beispielsweise produzierten düstere Bilder von Springerstiefeln und Schatten auf nassem Asphalt, unkommentierte fremdenfeindliche Aussagen von befragten Bürgern und martialische Szenen von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Rechtsextremisten das Bedrohungsszenario einer von militanten Rechten terrorisierten Stadt, vor deren Herrschaft alleine noch die Staatsgewalt schützen kann. Frauen kommen in dem Beitrag nur in Nebenrollen vor, sei es als verängstigte Opfer, kopftuchtragende Türcinnen oder als fremdenfeindliche Kioskbesitzerin, in den Hauptrollen hingegen sind kämpferische Männer von Polizei und Naziszene zu finden, die um die Vormacht in Dortmund ringen. Alltagsrassismus und Xenophobie schließlich werden thematisiert, aller-

26) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 166-202.

27) Beitrag im Rahmen der Sendung „Tritte ins Gesicht: Rechte Gewalt in Deutschland“, ausgestrahlt vom Hessischen Rundfunk, Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg, Sender Freies Berlin und Westdeutscher Rundfunk am 13. Dezember 2000.

dings nur durch die nicht eingebettete Wiedergabe von fremdenfeindlichen Parolen, während Migranten im Beitrag nicht zu Wort kommen und lediglich in einer kurzen Sequenz auf dem Wochenmarkt dargestellt werden. Dortmund scheint aus den Fugen geraten zu sein, und der Beitrag schließt dann auch mit den Worten „Eine Stadt kommt nicht zur Ruhe“.²⁸

Während in oberflächlicher Betrachtung nachzuvollziehen ist, dass der Autor vor rechtsextremistischen Tendenzen in Dortmund warnen und eine argumentativ sinnvolle Verbindung zum grassierenden Alltagsrassismus herstellen möchte, gehen die latent übermittelten Botschaften in eine problematische Richtung. Zentrale Aspekte des Beitrags sind, dass politische Auseinandersetzung über militante Handlungen ausgetragen wird, dass ein starker Staat zur Befriedung einer Stadt nötig ist, dass politische Konflikte von Männern ausgetragen und entschieden werden, und dass Migranten je nach Sichtweise als Staffage oder Problem und nicht als handelnde Akteure wahrgenommen werden. Diese gewaltfixierten, autoritätsgläubigen, männerdominierten und ausgrenzenden Signale knüpfen fatalerweise an genau das Gedankengut an, zu dessen Überwindung der Autor vermutlich beitragen wollte. In der Rezipientenanalyse zeigte sich entsprechend auch, dass rechtsgerichtete Zuschauer den Beitrag eher als Bestätigung ihrer eigenen Ansichten aufnahmen. Die Dramatisierung und Überzeichnung des rechtsextremistischen Potentials in Dortmund hingegen wirkte erschreckend und bedrohlich auf demokratische Rezipienten.²⁹

Machart und Wirkung dieses Beitrags verweisen exemplarisch auf die Notwendigkeit einer reflektierten Berichterstattung, die ein „[f]ilmisches Ausagieren unbewusster Emotionen“ vermeidet.³⁰ Rechtsextremistische Einstellungen oder Handlungen lösen gemeinhin auch beim Redakteur besonders starke gefühlbetonte Reaktionen aus, die er sich bewusst machen muss, um sie nicht ungefiltert und unhinterfragt an die Zuschauer weiterzuleiten. Dies soll gerade nicht heißen, dass ein Journalist seine Wut, Angst oder Empörung komplett verdrängen oder ausblenden muss. Er sollte sich aber über seine Emotionen und Assozia-

28) Der Beitrag wird detailliert besprochen in Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 196-202.

29) Die ARD/ZDF-Medienforscher merken kritisch an, dass von einem Auftreten von Neonazis in zwei Stadtteilen auf die soziale und politische Lage in Dortmund insgesamt geschlossen wird, unter Ausblendung von engagierter Jugendarbeit und von Initiativen, die sich gegen den Rechtsextremismus richten, siehe Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 197-202, hier besonders S. 201.

30) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 179.

tionen im Klaren sein, um zu verhindern, dass er unterschwellig Botschaften mitsendet, die nicht in seinem Sinne sind, der beabsichtigten Wirkung zuwiderlaufen oder den Informations- und Aufklärungsgehalt des Beitrags schmälern. Eine moderate und reflektierte Emotionalisierung von Beiträgen kann Aufmerksamkeit steigern, die Identifikation mit Opfern stärken und zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Einstellungen und Handlungen beitragen. Eine emotionale Überfrachtung hingegen nimmt Sendungen ihre analytische Glaubwürdigkeit, kann diffuse oder problematische Botschaften befördern und zudem zu einer gefühlsmäßigen Überforderung der Zuschauer führen.

Sicherlich nicht getrennt von dieser grundsätzlichen Problematik der latenten Botschaften waren bei einer Reihe von Sendungen handwerkliche Defizite zu beklagen, die zur Dramatisierung und Pauschalisierung noch beitragen. Eine zentrale Rolle nimmt hier die Bildauswahl ein. Gerade angesichts des Zeit- und Visualisierungsdrucks im Fernsbereich ist die Versuchung für Redakteure groß, auf vorhandenes Archivmaterial zurückzugreifen. Abgesehen davon, dass Archivbilder stets auch als solche gekennzeichnet sein müssten, birgt der Rückgriff auf zumeist stereotype Darstellungen aber die Gefahr, ein bestimmtes Bild martialischen Erscheinens von Rechtsextremisten zu perpetuieren (Springerstiefel, Aufmärsche, Fahnen, Glatzen), das nicht immer den tatsächlichen Geschehnissen vor Ort entspricht. Im ungünstigsten Fall überzeichnen nachgestellte oder archivierte Filmsequenzen ein rechtsextremistisches Bedrohungspotential und tragen zur Ermutigung der rechten Szene und zur Frustration der Demokraten bei. Die Studie „Rechtsextremismus und Fernsehen“ kommt zu dem kritischen Fazit:

Bei der visuellen Darstellung des Rechtsextremismus wird ein begrenztes Spektrum geläufiger rechter Symbole verwandt, die aufgrund ihrer häufigen Wiederholung stereotypen Charakter erhalten. ... Auffällig ... ist der erkennbare Zwang zur Visualisierung: Auch dort, wo vom Gegenstand oder Thema her keine Bilder notwendig sind, werden welche gezeigt. Hervorzuheben ist, dass in der Rechtsextremismus-Berichterstattung in hohem Maße auf Archivmaterial zurückgegriffen wird, das nur zum kleineren Teil als solches gekennzeichnet ist. Dabei werden vorzugsweise solche Bilder und Filmsequenzen ausgewählt, die möglichst spektakulär sind ... Die Archivbilder werden vielfach per Montage mit aktuellen Bildern

verknüpft, sodass der Eindruck der Darstellung scheinbar authentisch ablaufender Ereignisse entsteht.³¹

Aber auch bei authentischen Aufnahmen ist ein problematisches Wechselspiel von Auftritt und Wiedergabe zu beobachten, „vor allem im Hinblick auf die von Medien erlernte, medien-gerechte Inszenierung rechtsradikaler Provokation der Öffentlichkeit“, so die ARD/ZDF-Medienforscher. „Auf Seiten der Medien kann es zu Verzerrungseffekten kommen, sodass die Gefahr des Rechtsextremismus größer erscheint, als sie tatsächlich ist.“³² Die Kombination von Visualisierungsdruck und Zeitmangel, gegebenenfalls kombiniert mit dem Bedürfnis nach Aufmerksamkeit oder Quote, verführt zur Wiedergabe von stereotypen Bildern, die hergebrachte Klischees bestätigen oder schockieren, aber nicht zur Auseinandersetzung anregen. Eine ähnlich ritualisierte Inszenierung lässt sich unschwer im allgemein gängigen politischen Diskurs, beispielsweise bei Demonstrationen und Protesten gegen Rechtsextremismus, konstatieren. Auch hier werden häufig und in bester Absicht die Erwartungen nach vertrauten Bildern und Verhaltensmustern bedient, die im ungünstigsten Fall die mediale Aufmerksamkeit für Rechtsextremisten noch verstärken.³³ „Eine größere Gelassenheit (und damit weniger Alarmismus) nützt der Demokratie“, so der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse, „und schwächt den Extremismus.“³⁴

Die durch Bildauswahl, Tonunterlegung und dramaturgische Abfolge beförderte konventionelle und verkürzte Berichterstattung birgt zwei wesentliche Gefahren. Zum einen werden stereotype Darstellungen des Rechtsextremismus der Vielschichtigkeit des Problems nicht gerecht und tragen deshalb trotz einer vordergründig alarmierenden Bildersprache eher zu einer Bagatellisierung bei. Die dumpfen rechten Schläger, deren Glatzköpfe die Bildschirme bevölkern, stellen leider nur eine Facette einer umfangreicheren politischen Herausforderung dar, jedoch entziehen sich die „Rechten in Nadelstreifen“ einer bequemen und anschaulichen Visualisierung. Die Bilder suggerieren, durchaus in Übereinstimmung mit der erwähnten problematischen Doppelstrategie aus Kriminalisierung und moralischer Ausgrenzung, dass die rechtsextremistische Bedrohung

31) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 159-160.

32) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 150.

33) Siehe Stefan Brams, „Der Provokation unaufgeregert begegnen: Experten der Bertelsmann-Stiftung empfehlen langfristige kommunale Bündnisse gegen Rechtsextreme“ in: Neue Westfälische vom 21. Februar 2006.

34) Eckhard Jesse, „Das Auf und Ab der NPD“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Nr. 42, 17. Oktober 2005, S. 31-38, hier S. 37.

fast ausschließlich aufgrund ihrer Militanz und Aggressivität ein gesellschaftliches Problem darstellt. Die Notwendigkeit einer politischen und damit argumentativen Auseinandersetzung wird hierbei vernachlässigt. Zum zweiten birgt die dramatisierende Darstellung des rechtsextremistischen Bedrohungspotentials die Gefahr einer Ästhetisierung von rechtsextremistischen Aufmärschen oder Akteuren, die motivierend oder identifikationsstiftend auf labile Betrachter oder rechtsgerichtete Zuschauer wirken kann.³⁵

Als Minimalprogramm gegen diese Probleme sollte eine kritische und bewusste Auseinandersetzung mit dem Visualisierungsdruck im Medium Fernsehen stehen. Hierzu zählt in erster Linie eine durchgängige Kennzeichnung von Archivbildern, ein reflektierter Umgang mit Bildmaterial und eine Vermeidung von suggestiven Schnittfolgen, aber auch verstärkte Anstrengungen, sich um alternative Darstellungen zu bemühen oder auf überflüssige Visualisierungen zu verzichten. Anspruchsvoller und angemessener noch wäre eine auch von den ARD/ZDF-Medienforschern geforderte Perspektivenvielfalt.³⁶ Anstatt in groben Dichotomien zwischen Gut und Böse zu unterscheiden, sollten mehrere Blickwinkel eingebracht werden, von Tätern wie von Opfern, von Politikern und Experten wie vom politischen und sozialen Umfeld. Dazu gehört die aufwändigere Aufgabe, eine differenziertere Darstellung von Rechtsextremisten vorzunehmen, deren Denkmuster, Handlungskontexte und sozialen Hintergrund aufzuzeigen und damit stärker zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung beizutragen als durch pauschalisierende Bilder. Schließlich zählt zu einer reflektierten Berichterstattung auch die Fähigkeit, positive Identifikationsangebote zu unterbreiten, Engagementmöglichkeiten aufzuzeigen und so eine emotionale Überforderung des Zuschauers zu vermeiden.

IV. Ausblick: Die Bedeutung einer differenzierten Berichterstattung

Es ist ersichtlich, dass die bislang benannten Probleme der Berichterstattung alle in direkter Wechselwirkung mit einer insgesamt defizitären Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Deutschland stehen. Das Selbstverständnis von Journalisten lehnt sich an die auch von der Politik praktizierte Doppelstrategie von Kriminalisierung und moralischer Ausgrenzung an, die mangelnde Kontinuität von erläuternden und analysierenden Sendungen läuft parallel zu ausgeprägten Schwankungen der

öffentlichen Wahrnehmung des Rechtsextremismus-Problems, und die vereinfachende und stereotypisierende Machart zahlreicher Beiträge knüpft an ein allgemein vorherrschendes, reduktionistisches Bild vom Rechtsextremismus an. Offenkundig ist, dass öffentlicher Diskurs und sein Bestandteil der medialen Berichterstattung sich in der Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus wechselseitig verstärken. Die Fernsehberichterstattung bietet die Informationen und Erklärungsansätze, aus denen sich ein bestimmtes Bild des Rechtsextremismus erst formt, während umgekehrt die Sender mit Sehgewohnheiten und Themenkonjunkturen konfrontiert sind, denen sie aus Vermittlungsanliegen und Quotendruck meinen, Rechnung tragen zu müssen. Um zu einer differenzierteren Sichtweise des Rechtsextremismus in Deutschland und damit zu verbesserten Möglichkeiten der politischen Auseinandersetzung gelangen zu können, ist es notwendig, diesen Kreislauf der Selbstvergewisserung und Bestätigung von Vorurteilen zu durchbrechen. Hierbei können Fernsehjournalisten, können die Medien allgemein, einen wesentlichen Beitrag leisten.

Differenzierung 1:

Rechtsextremismus ist nicht nur ein moralisches, sondern auch ein politisches Problem

Dieser Aspekt ist nicht alleine mit Blick auf das journalistische Selbstverständnis im Umgang mit dem Rechtsextremismus oder die Machart der Beiträge wichtig, sondern er birgt auch eine inhaltliche Komponente. Die Medienforscher von ARD und ZDF haben aufgezeigt, dass zahlreiche Beiträge rechtsextremistische Gewalttaten primär als „zivilisatorischen Tabubruch ... brandmarken“. Gewalt erscheint dadurch als „quasi selbstevidentes Phänomen, das eher ‚beschworen‘ als problematisiert“ wird.³⁷ Die Frage nach den Ursachen der Gewalt erübrigt sich offenbar für viele Journalisten, wenn in normativer Ausgrenzung auf den Rechtsextremismus verwiesen wird. Hier entsteht ein inhaltliches Vakuum, wenn nicht der Frage nachgegangen wird, warum und wie aus aggressiven Einstellungen gewalttätige Handlungen werden. Hierzu würde allerdings zwingend das Eingeständnis gehören, dass der Rechtsextremismus ein ebenso ernstzunehmendes wie dauerhaftes gesellschaftliches Problem ist und keine temporäre moralische Desorientierung, die sich mitunter in Gewalt entlädt. Während dies vielen Journalisten, die sich seit Jahren mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftigen, auf einer kognitiven Ebene hinreichend klar sein dürfte,

35) Siehe hierzu ausführlicher Schellenberg, „Rechtsextremismus und Medien“, S. 43.

36) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 205.

37) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 161-162.

findet diese Einsicht keinen ausreichenden Eingang in die Berichterstattung. Statt einer detaillierten Ausleuchtung der gesellschaftspolitischen Ursachen des Rechtsextremismus und einer politischen Analyse seiner Erscheinungsformen und lokalen Hintergründe steht nach Einschätzung der ARD/ZDF-Medienforscher die „Skandalisierung seines Vorhandenseins, seiner Erscheinungsformen und vor allem seines öffentlichen Auftretens“ im Vordergrund.³⁸ So verständlich der moralische Impuls ist, sich mit dem Rechtsextremismus als Dauerproblem nicht abfinden zu wollen, so wenig dient diese Haltung – wenn sie nicht von politischer Analyse begleitet wird – einer inhaltlichen Auseinandersetzung. „Moralische Empörung ist wohlfeil“, argumentiert Eckhard Jesse treffend zum Umgang mit der NPD, „trägt aber wenig zur Bekämpfung bei.“³⁹

Differenzierung 2:

Rechtsextremismus ist nicht nur wegen seiner Gewalttaten gefährlich, sondern auch wegen seiner Einstellungen

Dieser Hinweis erscheint angesichts von alltäglichen Diskriminierungen von Minderheiten oder bedenklichen autoritätsgläubigen Strömungen eigentlich als selbstverständlich, aber er deutet auf einen problematischen blinden Fleck nicht nur in Berichterstattung, sondern auch bei der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Haltungen vor Ort hin. Wenn sich zivilgesellschaftlicher Widerstand oder eben journalistische Aufmerksamkeit auf Erscheinungsformen des Rechtsextremismus wie martialische Auftritte, gewalttätige Handlungen oder Wahlerfolge von NPD oder DVU konzentrieren, dann schwindet die Wahrnehmung der langfristig bedrohlicheren Perspektive einer „kulturellen Unterwanderung“ durch rechtsextremistische Einstellungen, deren Protagonisten nicht mehr „dumpfe Stiefelträger“, sondern „alerte, kluge Herren“ sind.⁴⁰ Die bereits kritisch diskutierte Chronistenrolle der Medien fängt diese Aushöhlung des demokratischen und toleranten Wertekonsenses nicht ein, wenn sie sich auf spektakuläre Tabubrüche fixiert. Ein „Wehret den Anfängen“ erfordert mehr Aufmerksamkeit und die Thematisierung von Vorkommnissen oder gesellschaftlichen Trends, die schleichend an der kulturellen und politischen Subversion unseres demokratischen Gemeinwesens arbeiten, seien es rechte Unterwanderungen bei Schöffenbeset-

38) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 162.

39) Eckhard Jesse, „Das Auf und Ab der NPD“, S. 37

40) Siehe Annette Ramelsberger, „Erkundungen in Ostdeutschland“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Nr. 42, 17. Oktober 2005, S. 3-8, hier S. 4.

zungen oder Elternbeiräten, die Erweiterung des rechtsgerichteten Musikspektrums oder auch neue Modeentwicklungen im respektabler erscheinenden rechten Outfit.⁴¹ Der politisch organisierte Rechtsextremismus dockt zudem in seinen inhaltlichen Stellungnahmen gezielt an Themen an, die gesellschaftlich umstritten sind und mit denen eine hohe Mobilisierung erreicht werden kann. Das Spektrum reicht von sozialen Fragen wie Migration, Sozialreformen, Arbeitslosigkeit und Gerechtigkeit über Fragen des gesellschaftlichen Selbstverständnisses wie Nationalismus, deutsche Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur bis hin zu außenpolitischen Themen wie Irakkrieg oder Islamismus. Es ist eine besondere journalistische Sensibilität erforderlich, um zu dechiffrieren, wie Hartz IV-Proteste oder Globalisierungskritik von Rechten vereinnahmt werden, welche Argumentationsmuster eine bedenkliche Nähe zu extremistischen Denkstrukturen aufweisen und ab wann eine Debatte ins Intolerante und Antidemokratische kippt. Hier ist im jugendkulturellen und lokalpolitischen Bereich eine besondere Wachsamkeit geboten.

Differenzierung 3:

Rechtsextremismus stellt kein geschlossenes Weltbild dar, sondern bündelt autoritäre, intolerante und fremdenfeindliche Aspekte

Um rechtsextreme Einstellungen zu erfassen, wird in der Forschung eine ganze Bandbreite von ideologischen Versatzstücken abgefragt, zu denen je nach Umfrage unter anderem Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, die Ablehnung von Demokratie und Pluralismus sowie die Verharmlosung des Nationalsozialismus zählen.⁴² Einerseits ist klar, dass mehrere dieser Orientierungsmuster zusammenkommen müssen, damit von Rechtsextremismus gesprochen werden kann.⁴³ Andererseits handelt es sich, auch wenn sich die verschiedenen und heterogenen Einstellungsbausteine zu einem „Rechtsextremismussyndrom“ verdichten, „normalerweise nicht um eine geschlossene oder klar abgrenz-

41) Siehe Ramelsberger, „Erkundungen in Ostdeutschland“, S. 5, und Toralf Staud, „Der braune Pop“, in: Die ZEIT, Nr. 40 vom 23. September 2004.

42) Siehe beispielsweise den Überblicksartikel von Corinna Kleinert und Johann de Rijke, „Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ in: Wilfried Schubarth und Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske und Budrich 2001, S. 167-198; sowie Oliver Decker und Elmar Brähler, „Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Nr. 42, 17. Oktober 2005, S. 8-17.

43) Kleinert und de Rijke, „Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen“, S. 171.

bare Ideologie.“⁴⁴ Je nach regionaler Verortung, sozialer Lage, Geschlecht, Bildungsgrad und anderen Faktoren kann es zu stärkerer oder schwächerer Ausprägung der einzelnen Orientierungsmuster kommen – beispielsweise ist der Antisemitismus in Westdeutschland, die Fremdenfeindlichkeit hingegen in Ostdeutschland ausgeprägter.⁴⁵ Diese Unterscheidungen sind wesentlich, damit sozialräumlich oder regional vorherrschende Argumentationsmuster besser entziffert und damit bekämpft werden können, und damit dem Rechtsextremismus keine größere Kohärenz zugeschrieben wird, als ihm zukommt, „so, als bedürfe es einer systematischen Schulung, um als Rechtsextremist zu gelten.“⁴⁶ Die Wahrnehmung von Rechtsextremismus als in sich geschlossenes Weltbild trägt wesentlich zu dessen Dämonisierung als unfassbare, sich logischer Auseinandersetzung entziehende Gesinnung bei. Ein genaueres und differenzierteres Verständnis seiner Anschauungen hingegen ändert zwar nichts an der Ignoranz und Bösartigkeit von Kernkomponenten wie Rassismus oder Demokratiefeindlichkeit, aber es erschließen sich Argumentationsstränge, mit denen auf antisemitische, fremdenfeindliche oder autoritäre Parolen reagiert werden kann. Zum einen ist dies bedeutsam, da man als Journalist, Politiker oder Bürger nicht nur auf „dumme Jungen“, sondern auch auf durchaus „argumentationsfähige Repräsentanten der Szene“ treffen wird und argumentativ gewappnet sein sollte.⁴⁷ Zum anderen birgt ein offensives und kenntnisreiches Hinterfragen dieser versatzstückhaften und vorurteilsbehafteten Anschauungen stets auch die Möglichkeit, Rechtsextremisten wenn nicht zu überzeugen, so doch wenigstens zu irritieren und zum Nachdenken zu bringen.

Differenzierung 4:

Rechtsextremismus ist nicht auf eine kleine und klar definierbare Gruppe begrenzt, sondern übt seine Anziehung bis in die Mitte der Gesellschaft aus

Die hoffnungsvolle Grundannahme, sich auf einen stabilen und aktiv abrufbaren demokratischen und toleranten Wertekonsens bei Zuschauern und Leserschaft beziehen zu können, kennzeichnet offenbar einen erheblichen Teil der Berichterstattung über Rechtsextremis-

mus. Nur vor diesem Hintergrund lässt sich beispielsweise erklären, dass in vielen der von den ARD/ZDF-Medienforschern untersuchten Beiträge des öffentlich-rechtlichen Fernsehens eine argumentativ kaum untermauerte Skandalisierung des Rechtsextremismus vorherrschte, die „mehr auf Emotionalisierung und Dramatisierung als auf rationale Analyse setzt.“⁴⁸ Diese Herangehensweise aber ist höchst problematisch, da die Annahme, „Rechtsextremismus gebe es höchstens an den Rändern der Gesellschaft, während eine davon säuberlich getrennte ‚gesunde Mitte‘ dagegen immun sei, ... sich längst als Trugschluss erwiesen“ hat.⁴⁹ Eben weil der Rechtsextremismus aus verschiedenen ideologischen Versatzstücken besteht, sind einzelne Bestandteile dieses Weltbildes wie Fremdenfeindlichkeit oder autoritäre Gesinnung durchaus attraktiv für breitere Bevölkerungsschichten. „In etlichen Punkten ihres Programms,“ argumentiert der Journalist Toralf Staud primär mit Blick auf Ostdeutschland, „ist die NPD nur der extreme Ausdruck einer durchaus weit verbreiteten Stimmung: die Abschottung gegen Fremdes, Vorrechte für die Alteingesessenen, eine protektionistische Wirtschaftsordnung oder ganz allgemein die Hoffnung auf weniger Unsicherheit und weniger Flexibilisierung, die Sehnsucht nach mehr Homogenität ...“⁵⁰ Während er die Unterstützung von rechtsextremen Einstellungen in einigen Regionen bei knapp einem Drittel der Bevölkerung beziffert, warnen andere Autoren vor einem „Extremismus der Mitte“ oder zeigen steigende Zustimmungswerte für rechtsextreme Aussagen auch bei höherem Bildungsgrad auf und bringen dies mit der Angst des Mittelstands vor „sozialen Deklassierungen“ in Verbindung.⁵¹

Vor diesem Hintergrund sind vor allem zwei Aspekte für die Berichterstattung wesentlich: Zum einen gilt es zu bedenken, dass eine nicht unerhebliche Minderheit der Zuschauer oder Leserschaft rechtsaffine oder zumindest rechtsambivalente Einstellungen aufweist.⁵² Appelle an einen demokratischen Wertekonsens drohen bei diesem Rezipientensegment ins Leere zu laufen, dramatisierende Beiträge hingegen können von diesen Zuschauern als Manipula-

48) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 166.

49) Lenk, „Rechtsextreme ‚Argumentationsmuster‘“, S. 18.

50) Toralf Staud, „Vormarsch in der Provinz“ in: Die ZEIT, Nr. 31 vom 28. Juli 2005.

51) Lenk, „Rechtsextreme ‚Argumentationsmuster‘“, S. 22; Decker und Brähler, „Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland“, S. 16-17.

52) Aus genau diesem Grund haben die ARD/ZDF-Medienforscher die Wirkung von ausgewählten Beiträgen der öffentlich-rechtlichen Sender auf diese Zielgruppen untersucht, siehe Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 166-202.

44) Kleinert und de Rijke, „Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen“, S. 171.

45) Als aktuelle Erhebung hierzu siehe Decker und Brähler, „Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland“, S. 12-17.

46) Kurt Lenk, „Rechtsextreme ‚Argumentationsmuster‘“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Nr. 42, 17. Oktober 2005, S. 17- 22, hier S. 20.

47) Oehmichen, Horn und Mosler, „Rechtsextremismus und Fernsehen“, S. 204.

tionsversuch oder gar Bestätigung ihrer eigenen Ansichten aufgenommen werden. Dies unterstreicht die Bedeutung einer politischen Auseinandersetzung, die von Argumenten und Hintergrundanalysen getragen sein muss. Zum zweiten gilt es, jenseits der enger gefassten journalistischen Arbeit speziell zum Rechtsextremismus in reflektierter und sensibler Weise über solche Themen zu berichten, die Bestandteile rechtsextremer Einstellungsmuster sind oder bei denen sich die Rechten um plakative Themenhoheit bemühen: Migration, Israel und die jüdische Gemeinde in Deutschland, Gerechtigkeit, die Effizienz und Transparenz des politischen Systems oder die deutsche Geschichte.

Zwei wichtige Beispiele sind die Themen Nahostkonflikt sowie Zuwanderung. Zum ersten Thema führte Ulrich Beck aus, dass es gerade die Meinungs- und Pressefreiheit in Israel ist, die einen konstanten Strom von anklagenden Bildern zum israelisch-palästinensischen Konflikt gewährleistet. Dieser führt in Europa zu Israelkritik, die wiederum unter Ausblendung der „zentrale[n] Schlüsselunterscheidung von Juden und Israelis“ hierzulande schnell in „Judenkritik, Judenfremdheit, Judenfeindlichkeit“ umschlägt. Damit wollte Beck nicht die Berichterstattung über die „brutalen Militäraktionen der Sharon-Regierung“ oder die Verwendung der verfügbaren Bilder kritisieren, aber er verwies darauf, dass „das Mitleiden mit Anderen, weil es massenmedialisiert ist, selektiv konstruiert“ ist und vermisste ein Problembewusstsein bei den europäischen Medien über den so entstehenden Eindruck einseitiger israelischer Aggression.⁵³ Zum Thema Zuwanderung hingegen kommt es in der Berichterstattung über Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland zu häufig zu Darstellungen, die Stereotype bedienen, negativ gefärbt sind und damit Vorurteile bestätigen.⁵⁴ „Gerade wir müssen außerordentlich vorsichtig mit Sprache und Bildern umgehen,“ mahnte WDR-Intendant Fritz Pleitgen entsprechend, „um Vorurteilen, Diskriminierung und dem Schüren von Konflikten entgegen zu wirken. Wir haben dabei bereits beachtliche Fortschritte gemacht, aber es muss noch mehr getan werden.“⁵⁵

Es ist deutlich geworden, dass die mediale Berichterstattung zum Rechtsextremismus als Teil

eines umfassenderen öffentlichen Diskurses zu begreifen ist, der Lesarten vorgibt, die es offensiv zu hinterfragen gilt. Der Handlungskatalog ist lang und umfasst vor allem die Notwendigkeit einer politischen Auseinandersetzung, einer kontinuierlichen Aufmerksamkeit, einer reflektierten Berichterstattung und einer differenzierten Herangehensweise an das Thema. Journalisten werden nicht alleine die Defizite beseitigen können, die seit Längerem im Umgang mit intoleranten und antidemokratischen Kräften in Deutschland vorherrschen. Es stünde einem aufklärerischen, demokratischen Journalismus aber gut zu Gesicht, alte, vertraute und zutiefst problematische Automatismen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus als erste zu hinterfragen und so einen wesentlichen Beitrag für eine demokratische Informationskultur zu leisten.

53) Ulrich Beck, „Entgrenzung der Intifada oder: Das Linienbus-Ticket in Haifa“ in: Doron Rabinovici, Ulrich Speck und Natan Sznajder (Hrsg.), *Neuer Antisemitismus?* Frankfurt am Main: Edition Suhrkamp 2004, S. 133-142, hier S. 134-135 und 138.

54) Siehe dazu ausführlicher Schellenberg, „Rechtsextremismus und Medien“, S. 44-45.

55) So Pleitgen anlässlich der Verleihung des ARD Medienpreises CIVIS 2005, abrufbar unter www.wdr.de/tv/civis/chronik05_01.phtml.